

DAS DOKUMENT

DGB zur Regierungserklärung

In einer ersten Stellungnahme zur Regierungserklärung begrüßt es der Deutsche Gewerkschaftsbund, daß die neue Bundesregierung entschlossen ist, ihre Wirtschaftspolitik von der Restriktion auf Wachstum umzustellen und der Erhaltung der Vollbeschäftigung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der DGB erklärt gegenüber der Bundesregierung erneut seine Bereitschaft, an Maßnahmen mitzuwirken, die die Vollbeschäftigung sichern sowie zur Stabilisierung des Preisniveaus beitragen und die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern. Er würdigt es, daß die neue Bundesregierung durch ihr Beispiel und Vorgehen eine solche Aktion unterstützen will.

Die von der Bundesregierung versprochenen Orientierungsdaten müssen allerdings über die Sozialproduktsrechnung hinaus eine Beurteilung der Einkommensentstehung und -Verteilung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren und bei den verschiedenen Gesellschaftsgruppen ermöglichen. Die Auswirkungen der von der bisherigen Regierung zu vertretenden Fehlentwicklung dürfen keinesfalls einseitig zu Lasten der Arbeiter, Angestellten und Beamten gehen.

Zu dem erforderlichen Abbau bisheriger Subventionen erklärt der DGB, daß er mit einem strukturpolitischen Konzept kombiniert werden muß. In diesem Zusammenhang ist besonders die Ankündigung der Regierung zu begrüßen, den in Strukturkrisen geratenen Wirtschaftsbereichen planmäßig zu helfen und dabei die soziale Seite besonders zu berücksichtigen.

Der DGB begrüßt es ferner, daß sich die Bundesregierung gegen eine Aushöhlung der Mitbestimmung gewandt hat. Er erblickt in dieser Erklärung eine grundsätzliche Anerkennung der Mitbestimmung. Er erwartet, daß die von der Bundesregierung vorgeschlagene Sachverständigen-Kommission ihre Vorschläge für eine positive Entwicklung der Mitbestim-

mung so rechtzeitig vorlegt, daß das Parlament noch in dieser Legislaturperiode die entsprechenden Gesetze verabschieden kann.

Gleichfalls begrüßt der DGB die Ankündigung der Bundesregierung, die sozialen Leistungen aufrechtzuerhalten. Die notwendige Entwicklung der sozialen Leistungen darf aber nicht unter den Folgen der bisherigen verfehlten Finanzpolitik leiden. Der DGB wird sich noch ausführlich mit den Einzelheiten der Regierungserklärung beschäftigen.

Düsseldorf, den 14. 12. 1966